



Schlechte Zeiten für Schüler:innen: Bei der HPA wird der Konkurrenz-kampf um Lehrstellen nun deutlich härter  
Foto: Ajejbah/wikimedia commons

# Lehrstellen eingedampft

Das öffentliche Unternehmen Hamburg Port Authority verringert sein Ausbildungsangebot drastisch. Ver.di und die Linke kritisieren das: Die HPA habe eine besondere Verantwortung

Von Simeon Laux

Auf ihrer Homepage wirbt die Verwaltung des Hamburger Hafens mit dem Satz: „Die Nachwuchsförderung liegt uns besonders am Herzen“. Trotzdem will die Hamburg Port Authority (HPA) nun ihr Ausbildungsangebot deutlich kürzen. Das geht aus einer Kleinen Anfrage der Linksfraktion in der Bürgerschaft hervor, die der taz vorliegt.

Demnach halbiert das öffentliche Unternehmen die Zahl seiner Ausbildungsplätze für 2021 nahezu: Im Vergleich zum Vorjahr will die Hafenbehörde nur noch elf statt 21 junge Menschen ausbilden. Für 2022 sind dann sogar nur noch fünf Lehrstellen und damit gerade einmal ein Viertel der bisherigen Plätze vorgesehen. Die Linke spricht von einem Kahlschlag.

„Der drastische Abbau bei den Ausbildungsplätzen ist fatal und zu kurzfristig gedacht“, sagt Insa Tietjen, die die Kleine Anfrage initiiert hat. Die Ausbildungspolitische Sprecherin der Linken sorgt sich um die wegfallenden Ausbildungsplätze, die „in den kommenden Jahren noch spürbar fehlen können“.

Der Senat spricht in seiner Antwort an die Linksfraktion

von einer Weiterentwicklung der Ausbildung, die sich am Wandel der Arbeitswelt orientiere. Einen konkreten Grund, warum so viele Stellen gestrichen werden, bleibt er allerdings schuldig. Nur so viel: „Die Ausbildungszahlen orientieren sich an den tatsächlichen Bedarfen im gewerblich/technischen Bereich der HPA.“ Doch warum sollte sich der Bedarf an Auszubildenden in so kurzer Zeit so drastisch reduzieren?

Bemerkenswert ist auch, dass das Unternehmen ursprünglich schon in diesem Jahr lediglich fünf neue Ausbildungsplätze anbieten wollte. Die Gewerkschaft Ver.di legte allerdings Protest ein und konnte erreichen, dass jetzt immerhin elf Menschen ausgebildet werden. Dies könne jedoch nur ein Anfang sein, sagt Gewerkschaftssekretär Max Stempel. „Ver.di erwartet, dass die HPA in den kommenden Jahren wieder verstärkt ihre Verantwortung als ausbildendes öffentliches Unternehmen wahrnimmt.“ Man werde die weitere Entwicklung aufmerksam beobachten.

Betrachtet man die Zahlen der vergangenen zehn Jahre, wird ersichtlich, dass das städtische Unternehmen im Schnitt jährlich 20 Ausbildungsplätze ange-

boten hat. So konnten sich junge Menschen nach dem Ende ihrer Schulzeit als Elektroniker\*in, Hafenschiffer\*in oder Konstruktionsmechaniker\*in ausbilden lassen.

Auf Anfrage teilt die Hamburg Port Authority mit, für 2022 würden weitere Bedarfe ermittelt, die Personalplanung sei

Nur weil die Gewerkschaft Ver.di protestierte, werden überhaupt elf Menschen ausgebildet

noch nicht abgeschlossen. Konkrete Gründe für die Entscheidung, Ausbildungsplätze abzubauen, nennt die HPA auch gegenüber der taz nicht.

Mit den Kürzungen ist die HPA allerdings nicht allein: Die Spuren der Coronapandemie sind auf dem Hamburger Ausbildungsmarkt längst sichtbar. So wurden laut Statistischem Bundesamt im vergangenen Jahr rund 13,5 Prozent weniger Ausbildungsverträge abgeschlossen als noch 2019. Die Zahl der Neuverträge

ist zwar bundesweit rückläufig, Hamburg belegt im Ländervergleich allerdings einen traurigen ersten Platz.

Von einem deutlichen Effekt der Coronakrise auf den Hamburger Ausbildungsmarkt spricht auch der Sozialwissenschaftler René Böhme von der Universität Bremen, der im Auftrag der Linksfraktion ein Gutachten zu den sozialen Auswirkungen der Pandemie erstellt hat. „Zwar sind die Ausbildungszahlen seit Jahren tendenziell rückläufig, der aktuelle Einbruch ist in seiner Höhe aber bislang einzigartig“, heißt es in dem Gutachten.

„Es ist klar, dass wir uns zurzeit in einer Krise befinden. Nichtsdestotrotz hat die HPA als öffentliches Unternehmen natürlich eine andere gesellschaftliche Verantwortung als die übrigen Ausbildungsunternehmen“, sagt auch Tietjen. Das Agieren der HPA betreffe immerhin auch den Ruf des Hafensstandorts Hamburg.

Die Wirtschaftsbehörde, die die Fachaufsicht für die Hafenverwaltung übernimmt, kann die Kritik nicht nachvollziehen: Die HPA sei ein qualifizierter und verlässlicher Ausbildungsbetrieb, der mehrfach ausgezeichnet worden sei.

pride in hamburg



## „Lücken im Schutz vor Diskriminierung“

Interview Pascal Luh

**Pride Week:** Vom 24. Juli bis zum 8. August 2021 feiert Hamburg den Christopher Street Day (CSD). Heute: Podiumsdiskussion: „Queer? Na sicher! Hamburg braucht ein Antidiskriminierungsge-

setz!“: 19 Uhr, Pride House, Rostocker Straße 7

**taz: Frau Ensslen, wurden Sie schon selbst im Alltag diskriminiert?**

**Carola Ensslen:** Ich selber kann mich jetzt nicht wirklich an ein akutes Ereignis erinnern, aber das liegt natürlich auch daran, dass ich überhaupt nicht zu der Zielgruppe von Diskriminierungen gehöre. Umso mehr liegt es mir am Herzen, mich genau dagegen einzusetzen.

**Es gibt schon ein bundesweites Gleichstellungsgesetz. Wieso fordern Sie trotzdem ein Antidiskriminierungsgesetz für Hamburg?**

Es gibt nur sehr eingeschränkte Handlungsmöglichkeiten bei Diskriminierungen durch Landesbehörden. Wir finden auch, dass es Lücken im Diskriminierungsschutz gibt. Es gibt Personengruppen, die nicht erfasst sind.

**Welche Gruppen sind das?**

Gewichtsdiskriminierung etwa ist nicht erfasst. Genauso auch Menschen mit wenig Geld, die aufgrund des sozialen Status diskriminiert werden. Das ist genau die Zielrichtung eines Antidiskriminierungsgesetzes auf Landesebene – und es soll natürlich auch Diskriminierungen durch die Landesbehörden erfassen.

**Wie fallen die aus?**

Das kann die Polizei sein, zum Beispiel durch Racial Profiling. Das kann in Schulen sein, wo Diskriminierungen durch Lehrkräfte, beispielsweise gegenüber queeren Schüler:innen vorkommen oder gegenüber solchen mit Migrationshintergrund.

**Hoffen Sie noch auf das Gesetz, obwohl Rot-Grün Ihren Antrag abgelehnt hat?**

Das ist natürlich ein zäher Prozess und ich prognostiziere, dass er noch Jahre dauern wird. Auch in Berlin hat es unendlich lange gedauert bis es zu einem Gesetz kam. Deswegen haben wir den Berliner Abgeordneten Carsten Schatz aus Berlin eingeladen.

**Worüber wird er sprechen?**

Den Prozess und die Auswirkungen des Gesetzes. Es gibt mittlerweile schon erste Erfahrungen, dass durch das Gesetz die Schwelle, sich im Falle einer Diskriminierung zu melden, herabgesetzt wird. Das bezeichne ich schon durchaus als einen ersten Erfolg.

**Wo ist Diskriminierung in Hamburg besonders verbreitet?**

Ich sehe Diskriminierungen von LSBTI als besonders akut an. Außerdem gehören Sinti und Roma, weil sie per se aus sicheren Herkunftsländern wie Kosovo oder Montenegro stammen, zu den Menschen, die relativ leichtfertig abgeschoben werden. Dabei wird ihr Schicksal nicht beachtet. Und das sehe ich als eine institutionelle Form der Diskriminierung.

Foto: Linke Hamburg/Karin Desmarowitz



**Carola Ensslen** 59, Fachsprecherin für Flucht und Migration sowie für Queer und Verfassungspolitik der Fraktion der Linken in der Hamburgischen Bürgerschaft.

### nachrichten

**Jutta Heinrich gestorben**

Sie hat früh und radikal die Unterdrückung der Frau angeprangert, ohne sich als Opfer zu inszenieren, und ihr Debütroman „Das Geschlecht der Gedanken“ von 1977 war seiner Zeit weit voraus: Mit 81 Jahren ist am Freitag die in Hamburg lebende feministische Autorin Jutta Heinrich gestorben, die für ihre Romane, Kurzprosa, Essays und Radiobeiträge etliche Preise erhielt. Auch Hamburgs Senat würdigte ihre künstlerischen und kulturellen Verdienste 2017 mit der Senator-Biermann-Ratjen-Medaille. (taz)

**Coronaregeln bleiben**

Die Corona-Inzidenz in Hamburg ist am Montag auf knapp 30 gestiegen. Die Gesundheitsbehörde gab die Zahl der Neuinfizierten je 100.000 Einwohner binnen sieben Tagen mit 29,4 an. Der Senat will trotzdem an den bisherigen Coro-

naeregeln festhalten. Die für Dienstag erwartete neue Verordnung werde bis auf kleine Ausnahmen der noch geltenden entsprechen, sagte Martin Helfrich, Sprecher der Gesundheitsbehörde, am Montag. Sie solle am Mittwoch in Kraft treten und vier Wochen gelten. Mögliche Änderungen hingen vom Infektionsgeschehen ab. (dpa/taz)

**Linke fordert Impfbus**

Die Fraktionsvorsitzende der Linken Cansu Özdemir fordert einen Impfbus für benachteiligte Stadtteile. „Wir stellen fest, dass Menschen, die in ärmeren Stadtteilen leben, stärker von dem Virus betroffen sind. Es heißt ja: Armut macht krank“, sagte sie im Sommerinterview mit NDR 90,3 und dem „Hamburg Journal“. Hamburgs Informationsangebot habe nicht alle erreicht, hier helfe ein Impfbus nach Bremer Vorbild. (taz)

# Mit Hygiene gekontert

Im Molotow wurde keiner der 100 sich in Quarantäne befindlichen Gäste mehr positiv getestet

Von Arne Matzanke

Erst wurde geschwelgt, dann isoliert: Nach einem Open-Air-Konzert im Molotow am 15. Juli wurde ein:e Besucher:in positiv auf das Coronavirus getestet. Daraufhin verhängte das Gesundheitsamt eine generelle Quarantäne für die 100 Besucher:innen des Konzerts. Wie der Club am Samstag mitteilte, hat die Behörde keine weiteren Ansteckungen im Zusammenhang mit der Veranstaltung registriert. Die konsekutiven PCR-Tests waren zu einhundert Prozent negativ.

„Wir sind froh und dankbar, dass keine weiteren Erkrankungen bekannt sind“,

schreibt das Molotow in einer Pressemitteilung. Der Club sehe sich in der strikten Umsetzung des Hygienekonzeptes bestätigt. Leichtsinning werde das Molotow aufgrund der guten Nachricht jedoch nicht.

**Schnelltestpflicht für Ungeimpfte**

Vielmehr solle das vorhandene Hygienekonzept ausgeweitet werden, um das Angebot unter freiem Himmel noch sicherer zu gestalten. Deswegen „haben wir uns entschieden, dass ein negativer Schnelltest für nicht Geimpfte weiterhin verpflichtend bleibt.“

Der Senat hatte zuvor beschlossen, dass dies für Freiluftveranstaltungen nicht mehr

gilt. Zudem solle die Kontaktdatenerfassung verbessert werden. In Zukunft werden die Daten der Gäste im Molotow mit ihrer Tischnummer verknüpft, um große Quarantänegruppen zu verhindern. Zusätzlich sollen auch Geimpfte angeregt werden, sich weiterhin testen zu lassen.

Obwohl der Club es nicht mehr erwarten könne, in Zukunft wieder gemeinsam zu tanzen, stehe vorausschauendes Handeln an erster Stelle. Die Delta-Variante stelle die Menschen als Gesellschaft vor neue Herausforderungen, schreiben die Clubverantwortlichen – diese könnten nur mit solidarischem Handeln bewältigt werden.